

Verlorene Schlachten, verlorene Rechte

Von [David Kopel](#) | 16. Juli 1999

Die Tatsache, dass das Recht, Waffen zu besitzen und zu tragen, in Großbritannien praktisch ausgelöscht wurde, liefert wichtige Lektionen für Waffenbesitzer in den Vereinigten Staaten [und in Europa, Anm. d. Übers.]. Die wichtigste: Wenn man nicht für seine Grundrechte eintritt, verliert man sie.

Teil 3: Übergriffe der Behörden und Impulse für weitere Verbote

VII. Übergriffe der Behörden

Wie für viele Waffengesetze typisch, wurde das Erlaubnissystem für Flinten in den ersten Jahren von der Regierung in moderater und vernünftiger Weise durchgesetzt.

In ähnlicher Weise wurde das 1921 eingeführte Erlaubnissystem für Büchsen und Kurzwaffen in den 1920er und 1930er Jahren im Allgemeinen maßvoll durchgesetzt. Doch als sich die Öffentlichkeit daran gewöhnt hatte, dass Büchsen und Kurzwaffen einer Erlaubnis bedürfen, wurde es möglich, die Erlaubnisbestimmungen mit immer größerer Strenge durchzusetzen.

Eine strenge Durchsetzung des Genehmigungssystems für Büchsen und Kurzwaffen hätte im Jahr 1922 nicht funktioniert. Zu viele Waffenbesitzer wären über den raschen Übergang von einer freien Gesellschaft zu einer repressiven Kontrollgesellschaft empört gewesen. Indem die britische Regierung das System von 1921 zunächst maßvoll und dann immer strenger durchsetzte, gewöhnte sie die britischen Waffenbesitzer an immer strengere Kontrollen.

Die britische Regierung hat das gleiche Prinzip angewandt wie jene Leute, wenn sie Frösche kochen. Wirft man einen Frosch in einen Topf mit kochendem Wasser, springt er heraus. Setzt man ihn aber in einen Topf mit mäßig warmem Wasser und erhöht allmählich die Temperatur, wird er langsam das Bewusstsein verlieren und nicht mehr flüchten können, wenn das Wasser zum Kochen kommt.

Das Prinzip des Froschkochens hilft zu erklären, warum [Handgun Control, Inc.](#) und die anderen Anti-Waffen-Lobbys so verzweifelt versuchen, jede Art von Waffenkontrolle durchzusetzen, selbst solche, bei denen sich die meisten Beobachter einig sind, dass sie sehr wenig bewirken werden. Mit der Verabschiedung des [Brady-Gesetzes](#) beispielsweise hat HCI das Prinzip eines nationalen Genehmigungssystems für Waffen eingeführt. Sobald ein harmloses bundesweites Genehmigungssystem für Kurzwaffen eingeführt ist, kann man das Genehmigungssystem schrittweise verschärfen, so dass, wie heute in New York City,

praktisch nur noch wohlhabende oder extrem hartnäckige Menschen in der Lage sind, eine Genehmigung für Kurzwaffen zu bekommen.

Das britische „Feuerwaffenschein“-System von 1921 verlangte, dass eine Person, die eine Büchse oder Kurzwaffe besitzen wollte, nachweisen musste, dass sie „einen guten Grund“ hatte. (In Großbritannien bezieht sich der Begriff „Feuerwaffen“ („firearms“) nur auf Büchsen und Kurzwaffen, nicht aber auf Schrotflinten (shotguns), aber diese Broschüre folgt dem amerikanischen Sprachgebrauch, in dem Schrotflinten ebenfalls als „Feuerwaffen“ (firearms) gelten). In den Anfangsjahren des Systems galt Selbstverteidigung als „ein guter Grund“. In den 1960er Jahren war es jedoch gängige Polizeipraxis, dass nur „sportliche“ Zwecke, nicht aber Selbstverteidigung die Erteilung einer Büchsen- oder Kurzwaffenerlaubnis rechtfertigen konnten.

In der Praxis war die bestätigte Mitgliedschaft in einem anerkannten Schießsportverein die einzige Möglichkeit, legal eine Pistole zu erwerben. Die Schützenvereine, die eifersüchtig über ihr von der Regierung gewährtes „Privileg“ wachten, verlangten in der Regel, dass eine Person für sechs Monate Mitglied auf Probe wurde und während dieser Zeit regelmäßig an den Wettkämpfen des Vereins teilnahm, bevor sie als Vollmitglied aufgenommen wurde (und damit Anspruch auf eine Kurzwaffenerlaubnis hatte).

Nachdem die britische Regierung durch behördliche Auslegung Waffenbesitz zur Selbstverteidigung delegitimiert hatte, konnte sie eine Reihe anderer Gesetze erlassen, die auf wenig Widerstand stießen und durch die weitere Abwehrmittel verboten wurden. So sind zum Beispiel nicht-tödliche chemische Abwehrrsprays wie [Pfefferspray](#) verboten, ebenso wie elektrische Betäubungsgeräte.

Da die Polizei durch das Erlaubnissystem die Kontrolle über die Besitzer von Büchsen und Kurzwaffen hatte, begann sie, ihre eigenen Bedingungen für die Erteilung von Genehmigungen zu erfinden. Diese polizeiliche Praxis war nicht ganz legal, wurde aber von einer willfährigen Öffentlichkeit allgemein akzeptiert. Ähnliche Praktiken gibt es in amerikanischen Rechtsordnungen wie z. B. der von New York, wo die Genehmigungsbehörden bei Waffenerlaubnissen bisweilen ihre eigenen, nicht legalen Einschränkungen hinzufügen.

Als das Erfordernis der sicheren Aufbewahrung von Büchsen und Kurzwaffen in den 1930er Jahren eingeführt wurde, wurde es von der Polizei in vernünftiger Weise umgesetzt. Eine Kurzwaffe auf der Veranda liegen zu lassen, war nicht akzeptabel, aber sie in einem dunklen Schrank zu lagern, war völlig in Ordnung. Auch in den wenigen amerikanischen Verwaltungsbezirken, die in den letzten Jahren Aufbewahrungsvorschriften erlassen haben, werden diese in der Regel auf vernünftige Weise durchgesetzt – zumindest im Moment.

Aber das Gesetz über die sichere Aufbewahrung, das britische Waffenbesitzer einst als „vernünftig“ akzeptierten (und dessen Ausweitung auf Schrotflinten im Waffenkontrollge-

setz von 1989 von den Waffenbesitzern allgemein unterstützt wurde), wird nun in völlig unzumutbarer Weise interpretiert.

In vielen Verwaltungsbezirken stellt die Polizei keine Schrotflinten- oder Feuerwaffenscheine (die vor dem Verbot von Kurz Waffen im Jahr 1997 für Büchsen und Kurz Waffen erforderlich waren) mehr aus bzw. verlängert diese nicht, wenn nicht durch einen Hausbesuch sichergestellt wird, dass die polizeilichen Standards für eine sichere Aufbewahrung eingehalten werden. Die Polizei ist rechtlich nicht befugt, solche Hausbesuche zu verlangen, doch wenn ein Hausbesitzer der Polizei den Zutritt verweigert, wird der Antrag auf Ausstellung oder Verlängerung des Scheins abgelehnt.

Das derzeitige Gesetz enthält keine detaillierten Vorschriften darüber, wie Waffen aufzubewahren sind. Und das aktuelle Gesetz schreibt eindeutig nicht vor, dass die Aufbewahrung einer Waffe in einem gehärteten Tresor die einzige akzeptable Aufbewahrungsmethode ist. Aber das ist es, was die Polizei in vielen Bezirken trotzdem verlangt. In der Tat sind viele Waffenbesitzer, die Tresore gekauft haben, die von der Polizei als akzeptabel eingestuft wurden, nun gezwungen, neue Tresore zu kaufen, weil die örtliche Polizei die Normen willkürlich geändert hat. In vielen Bezirken ist ein akzeptabler Tresor nun ein Tresor, der einem halbstündigen Angriff eines Einbrechers standhält, der mit einem vollständigen Werkzeugsortiment zum Öffnen von Tresoren anrückt und sogar Zeit hat, eine kurze Pause einzulegen, wenn seine ersten Versuche, den Tresor zu knacken, scheitern.

Die Entscheidung der Polizei, solche Tresore vorzuschreiben, ist vollkommen illegal. Aber das Parlament hat kein Interesse daran, polizeiliche Missbräuche der Waffengenehmigungsgesetze zu untersuchen und die Gerichte gestehen der Polizei einen „Ermessensspielraum“ zu. Die einzige praktische Möglichkeit für britische Waffenbesitzer, solche widersinnigen Aufbewahrungsvorschriften zu vermeiden, wäre gewesen, sich den ersten Gesetzesvorschlägen zu widersetzen, die es der Polizei erlaubten, zu bestimmen, wer eine Waffenerlaubnis bekommt. Aber die Waffenbesitzer wären nicht im Traum auf die Idee gekommen, sich zu wehren, weil ihnen ein solches Gesetz so „vernünftig“ erschien.

Manchmal verlangt die Polizei den Kauf von zwei Tresoren, von denen der zweite für die getrennte Aufbewahrung der Munition bestimmt ist.

Ein Mann, der ein leistungsschwaches Kleinkalibergewehr für 5 £ kauft, muss unter Umständen 100 £ für einen Safe ausgeben. Jemand, der fünf Kurz Waffen besitzt (vor dem Verbot von 1997), kann aufgefordert werden, ein elektronisches Sicherheitssystem im Wert von 1.000 £ anzuschaffen. Der tatsächliche Effekt der hohen Kosten für die Sicherheit besteht darin, den legalen Waffenbesitz in den weniger wohlhabenden Schichten einzuschränken.

Polizeiliche Missbräuche kommen in allen Bereichen der Waffengenehmigung vor. Die Polizeibehörden haben Jägern fälschlicherweise mitgeteilt, dass bestimmte gesetzliche Einschränkungen für die Jagd mit halbautomatischen Waffen auch für die Jagd mit Vorder-

schaftrepetierern gelten. Eine Erlaubnis für den Besitz von Büchsen enthält oft „Revierbedingungen“, die genau festlegen, wo die Person jagen darf. Personen, die mit den Revierbedingungen nicht einverstanden sind, haben in der Praxis keine Möglichkeiten, dagegen vorzugehen.

Heute sind in Großbritannien sogar teure, einschüssige .22er Sportpistolen, wie sie bei den Olympischen Spielen verwendet werden, verboten. Obwohl es rechtlich nicht erforderlich ist, dass Schützen eine schriftliche Erlaubnis für die Jagd auf einem bestimmten Stück Land haben, hat die Polizei Schützen angehalten, einen schriftlichen Nachweis verlangt und gedroht, die Waffen von Personen zu konfiszieren, die diesen Nachweis nicht vorlegen können. Und die Polizei hat – erneut ohne gesetzliche Erlaubnis – von Antragstellern für Schrotflinten, die mehr als zwei Patronen aufnehmen können, den Nachweis eines besonderen Bedürfnisses für die Waffe verlangt.

Ohne rechtliche Befugnis hat die Polizei damit angefangen, das Sammeln von Waffen schrittweise auslaufen zu lassen, indem sie neue Anträge ablehnte. Die Gebühren für die Erteilung von Waffengenehmigungen wurden wiederholt weit über die tatsächlichen Kosten für die Verwaltung des Genehmigungssystems hinaus erhöht und als Mittel eingesetzt, um Menschen vom Waffenbesitz abzuhalten.

Wenn ein Polizist ein persönliches Interesse am Schießsport hat, disqualifiziert er sich durch dieses Interesse in der Regel von jeder Aufgabe im Rahmen des polizeilichen Waffengenehmigungsprogramms. Polizisten, die praktisch nichts über Waffen wissen, bei denen man aber auf eine feindselige Haltung gegenüber Waffenbesitzern zählen kann, werden oft dafür ausgewählt, Waffenerlaubnisse zu erteilen.

Verfahrenstechnisch können Antragsteller gegen polizeiliche Ablehnungen von Genehmigungsanträgen Beschwerde einlegen, aber die Gerichte sind im Allgemeinen respektvoll gegenüber den polizeilichen Entscheidungen. Beweise vom Hörensagen gegen den Antragsteller sind ausreichend. Der Beschwerdeführer hat kein Recht, Beweise zu seinen Gunsten vorzulegen.

Nachdem sie die Wünsche der Polizei und der Regierungspartei nach „vernünftigen“ Kontrollen unterwürfig akzeptiert hatten, fanden sich die britischen Büchsen- und Kurzwaffenbesitzer Anfang der 1970er Jahre in einem kochenden Kessel von strengen Kontrollen wieder, aus dem es kein Entrinnen mehr gab. Die britischen Flintenbesitzer, die das Schicksal der Büchsen- und Kurzwaffenbesitzer ignorierten, sprangen in ihren eigenen Kessel mit damals noch lauwarmem Wasser, als sie 1966 die Vorschläge für die Erteilung von Schrotflintenscheinen akzeptierten.

VIII. Impulse für weitere Verbote

Obwohl Waffenkriminalität nicht so häufig vorkommt wie in den Vereinigten Staaten, erregen Vorfälle mit Waffenkriminalität unweigerlich die Aufmerksamkeit der Sensationspresse,

was wiederum die Grundlage für eine weitere Verschärfung der Kontrollen bildet. Im Herbst 1989 beispielsweise stahl eine Person, deren Mitgliedschaft in einem Schützenverein abgelehnt worden war, eine Kurzwaffe aus dem verschlossenen Kofferraum eines Vereinsmitglieds und erschoss einen Polizisten in Manchester. Ein Mitglied auf Probe eines anderen Schützenvereins, das erfuhr, dass es eine tödliche Krankheit hatte, tötete ein Vereinsmitglied, stahl eine Waffe aus dem Verein und erschoss einen persönlichen Feind. Auf Drängen der Polizeibehörde von Manchester erließ der Innenminister eine Reihe neuer Beschränkungen für neue Schützenvereine, von denen die strengste darin bestand, dass die Mitglieder keine Gäste mehr zum Schießstand mitbringen durften, um mit einer Waffe zu schießen.

Nach den neuen „Sicherheits“-Vorschriften für Sprengstoffe müssen Personen, die Schwarzpulver oder modernes Schießpulver besitzen, nun jederzeit unangekündigte und ohne richterlichen Beschluss erfolgende Inspektionen ihrer Wohnung hinnehmen, um sicherzustellen, dass das Pulver ordnungsgemäß gelagert ist. Die Regierung verspricht natürlich, dass ihre Kontrollen (vorerst) nicht unangemessen sein werden.

Die Polizeiführung hat deutlich gemacht, dass sie den zivilen Waffenbesitz als etwas betrachtet, das abgeschafft werden sollte. Eine Methode zur Abschaffung besteht darin, den Eintritt der nachrückenden Generationen in die Welt des Schießsports zu verhindern. So ist es für einen Vater illegal, seinem 13-jährigen Sohn auch nur ein Luftgewehr zu schenken.

Und dank der seit Jahrzehnten bestehenden Beschränkungen, die darauf abzielen, den Zugang zum Schießsport zu erschweren, weiß die überwiegende Mehrheit der Öffentlichkeit nichts über Waffen, außer dem, was die Medienpropagandisten ihnen vorsetzen. Die legalen britischen Waffenbesitzer machen nur noch 4 % aller Haushalte aus (und vielleicht besitzen weitere 4 % illegale, nicht registrierte Waffen).

In Anbetracht der Tatsache, dass viele Briten niemand persönlich kennen, von dem sie wissen, dass er Sportschütze ist, ist es nicht überraschend, dass 76 % der Bevölkerung ein Verbot aller Waffen befürworten.

So wurden jene Menschen, die Langwaffen für Sport und Jagd nutzen, auf katastrophale Weise eines Besseren belehrt als sie gutgläubig annahmen, dass edle Büchsen für die Hirschjagd und handgearbeitete Schrotflinten nicht angetastet würden, egal welche Restriktionen man dem Pöbel in der Stadt, der eine Kurzwaffe haben wollte, auferlegen würde.

Am Morgen des 19. August 1987 verkleidete sich ein Legalwaffenbesitzer namens Michael Ryan wie Rambo und schoss im Wald von Savernake 13 Mal mit einer Pistole auf eine Frau. Nachdem er einen Tankwart getötet hatte, fuhr er zu seinem Haus in dem Marktstädtchen [Hungerford](#), wo er seine Mutter und seinen Hund tötete. Innerhalb der nächsten Stunde ging er in die Stadt und ermordete 15 Menschen – sieben mit seiner Pistole und

acht mit seinem in China hergestellten Kalaschnikow-Gewehr. Dann verschwand Ryan für ein paar Stunden, tauchte um 16 Uhr in einer Schule wieder auf und beging drei Stunden später Selbstmord. Ein paar Tage später fand in Bristol ein weiterer Massenmord statt, diesmal mit einer Schrotflinte.

Die Reaktion der Medien, insbesondere der Printmedien, war heftig. Die Boulevardpresse veröffentlichte Leitartikel, in denen sie die Öffentlichkeit aufklärte, wie man potenzielle Massenmörder erkennt: Sie riet dazu, jedem zu misstrauen, der ein Einzelgänger ist, der allein lebt, der bei seiner Mutter wohnt oder der ein bisschen still ist. Sowohl die Boulevardpresse als auch die seriöse Presse setzten sich massiv für strenge Waffengesetze ein. Es wurde auch Druck gemacht, um eine strengere Zensur von Gewaltdarstellungen im Fernsehen zu erreichen.

Halbautomatische Zentralfeuergewehre, die fast ein Jahrhundert lang legal besessen werden konnten, sind nun vollständig verboten. Pump-Action-Büchsen sind ebenfalls verboten, da behauptet wurde, dass diese Gewehre die Halbautomaten ersetzen könnten. Das [dynamische Büchschenschießen](#), die am schnellsten wachsende Sportart in Großbritannien, verschwand. Für Schrotflinten, die mehr als zwei Patronen auf einmal aufnehmen können, ist jetzt ein „Feuerwaffenschein“ ([firearms certificate](#)) erforderlich. Alle Schrotflinten müssen nun registriert werden. Schrotflintenverkäufe zwischen Privatpersonen müssen bei der Polizei gemeldet werden. Käufer von Schrotpatronen müssen eine Flintenbescheinigung ([shotgun certificate](#)) vorlegen. Antragsteller für eine Flintenbescheinigung müssen die Gegenzeichnung einer Person vorlegen, die den Antragsteller seit zwei Jahren kennt und „ein Mitglied des Parlaments, ein Friedensrichter, ein Geistlicher, ein Arzt, ein Rechtsanwalt, ein Beamter, ein Bankangestellter oder eine Person von ähnlichem Rang“ ist. Am wichtigsten ist, dass der Antragsteller für einen Flintenschein der Polizei nachweisen muss, dass er einen „guten Grund“ hat, eine Waffe besitzen zu wollen. Selbstverteidigung ist kein guter Grund. Verfahrenstechnisch muss die Polizei nachweisen, dass der Antragsteller keinen guten Grund hat. In der Praxis hat die Polizei bereits verlangt, dass der Antragsteller einen guten Grund nachweist, z. B. die Mitgliedschaft in einem Schützenverein.

Am 13. März 1996 ermordete ein Päderast mit Kurzwaffen eine Klasse von Grundschulern und ihre Lehrer in [Dunblane](#). Dem Mann, der als psychisch labil bekannt war, war die Mitgliedschaft in mehreren Schützenvereinen verweigert worden. Bürger hatten sich schriftlich an die Polizei gewandt und sie gebeten, die Waffenerlaubnis des Mannes zu widerrufen. Nach den sehr restriktiven Waffengesetzen Großbritanniens hätte die Polizei dem Mann leicht die Waffen wegnehmen können. Stattdessen unternahm sie nichts, und ein Massenmord war das Ergebnis.

Wie es in Großbritannien seit den Tagen der Hexenverfolgung üblich ist, wurden unschuldige Menschen zur Zielscheibe eines wütenden Mobs. Die gesetzestreu, streng reglementierten Kurzwaffenbesitzer Großbritanniens gehörten zu den gesetzestreuesten Menschen der Welt. Aber diese Tatsache bedeutete den Politikern und Hasspredigern nichts.

Die Boulevardpresse überschlug sich mit wütenden Geschichten über Waffenbesitzer und stellte jeden, der eine Waffe besaß, als sexuell unzulänglich und geisteskrank dar.

Die Tory-Regierung unter John Major berief eine Untersuchungskommission zu Dunblane ein. Die Kommission erhielt von Gruppen und Experten aller Richtungen, die sich mit dem Thema Schusswaffen befassten, Stellungnahmen zur Waffenpolitik. Doch die einflussreichste Stellungnahme – basierend auf den Schlussfolgerungen des Berichts – kam vom britischen Innenministerium. Das Innenministerium legte gefälschte Informationen vor, in denen behauptet wurde, dass hohe Waffenbesitzraten – selbst legaler, regulierter Waffenbesitz – eine hohe Quote an Gewaltverbrechen verursache. Diese Behauptung war völlig falsch. In allen Regionen Großbritanniens, der Vereinigten Staaten, Australiens und Kontinentaleuropas ist die Gewaltrate in den Regionen mit den höchsten Raten beim legalen Waffenbesitz am niedrigsten.

Doch die Dunblane-Kommission, die vom Innenministerium in die Irre geführt wurde, legte einen Bericht vor, in dem Dutzende von Möglichkeiten vorgeschlagen wurden, um das bereits restriktive System der Waffenlizenzierung weiter zu verschärfen und empfahl im Hinblick auf Legalwaffenbesitzer mehr Kontrolle.

Die Kommission hat jedoch nicht empfohlen, alle Kurz Waffen zu verbieten. Premierminister John Major akzeptierte mit Blick auf die Meinungsumfragen die Empfehlung der Kommission, die Genehmigungsvorschriften zu verschärfen, bestand aber auf einem Verbot von Kurz Waffen. Er ließ eine Ausnahme für einschüssige Kurz Waffen im Kaliber .22 zu, welche auf zugelassenen Schießständen zu lagern waren. Die neuen Waffengesetze traten im Februar 1997 in Kraft.

Einige Monate später wurde Tony Blair, der Vorsitzende der Labour-Partei, mit einem Erdbeben ins Amt gehievt. Eine seiner ersten Amtshandlungen bestand darin, das Verbot von Kurz Waffen zu komplettieren, indem er die Ausnahmeregelung für einschüssige .22er aufhob. Seit 1921 sind alle rechtmäßig besessenen Kurz Waffen in Großbritannien beim Staat registriert, so dass die Besitzer von Kurz Waffen kaum eine andere Wahl haben, als ihre Waffen gegen eine von der Regierung festgesetzte Zahlung abzugeben.

Das Verbot von Kurz Waffen hat die Anti-Waffen-Lobbys in Großbritannien keineswegs zufrieden gestellt. Während britische Waffenbesitzer das Recht auf den Besitz von Waffen zum Selbstschutz großzügig aus der Hand gegeben haben, müssen sie nun feststellen, dass ihr Privileg, Waffen für sportliche Zwecke zu besitzen, stärker denn je unter Beschuss steht. Großbritanniens führende Anti-Jagdorganisation, das Bündnis gegen grausame Sportarten (League Against Cruel Sports), verweist auf „Hunderte“ von Menschen, die durch Schusswaffen getötet wurden, und „Tausende“ von Schusswaffen, die bei Raubüberfällen verwendet wurden, und fordert ein Verbot aller Schusswaffen.

Auch ein Verbot aller Waffen wird den Appetit der Prohibitionisten nicht zügeln.

Viele britische Waffenbesitzer besitzen jetzt deaktivierte „Replika“-Waffen, die nicht abgefeuert werden können. Für einige Waffenbesitzer war die Deaktivierung die einzige Möglichkeit, im Besitz einer wertvollen halbautomatischen Waffe zu bleiben. Anderen Waffenbesitzern waren die Schwierigkeiten mit dem polizeilichen Genehmigungssystem einfach zu groß, so dass sie ihre Familienerbstücke deaktivieren ließen. Durch die Deaktivierung konnte die Familie zumindest die nicht schussfähige Waffe behalten, ohne große Summen für polizeiliche Sicherheitsauflagen ausgeben zu müssen.

Aber dieses letzte „Schlupfloch“ in den britischen Waffengesetzen könnte in ein paar Jahren geschlossen werden, da die Polizei jetzt Lobbyarbeit betreibt, um zu verlangen, dass Besitzer von deaktivierten oder Replika-Waffen dieselbe Lizenz benötigen, die auch für Waffen erforderlich wäre, die Geschosse abfeuern können.

Über den Autor:

Die britische Geschichtsdarstellung in dieser Broschüre ist teilweise dem zweiten Kapitel des preisgekrönten Buches [The Samurai, the Mountie and the Cowboy: Should America Adopt the Gun Controls of Other Democracies?](#) (Der Samurai, der Mountie und der Cowboy: Sollte Amerika die Waffenkontrollmaßnahmen aus anderen Demokratien übernehmen?) von David B. Kopel entnommen. Das Buch wurde von der American Society of Criminology Division of International Criminology zum Buch des Jahres gekürt.

Dave Kopel ist Autor zahlreicher Artikel in Magazinen, Zeitungen und juristischen Fachzeitschriften sowie Herausgeber des Buches [Guns: Who Should Have Them?](#) (Schusswaffen: Wer sollte sie besitzen dürfen?) Er schrieb zusammen mit Paul H. Blackman [No More Wacos: What's Wrong with Federal Law Enforcement and How to Fix It](#). (Nie mehr ein neues Waco: Was mit den Strafverfolgungsbehörden auf Bundesebene schief läuft und wie man es beheben kann.)

Kopel, der früher stellvertretender Bezirksstaatsanwalt in New York City war, ist derzeit außerordentlicher Professor für Rechtswissenschaften an der New York University Law School und Forschungsdirektor des Independence Institute, einer an freier Marktwirtschaft orientierten Denkfabrik in Golden, Colorado. Die Website des Instituts lautet <http://i2i.org>.

Den amerikanischen Originalartikel „**Lost Battles, Lost Rights**“ kann man hier abrufen: <https://www.nraila.org/articles/19990716/lost-battles-lost-rights-by-david-kopel>

Alle Links stammen vom Übersetzer.
Deutsche Übersetzung: Januar 2024